Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 6

Artikel: Ansätze zu einem "neuen Start" der Sozialdemokratie
Autor: Walter, Emil H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337934

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 6
Juni 1967

Profil

Emil H. Walter

Ansätze zu einem «neuen Start» der Sozialdemokratie

So wie die Schweiz überhaupt, hat auch die schweizerische Sozialdemokratie «stagniert». Von weitsichtigen Köpfen schon seit einiger Zeit vertreten, ist diese Feststellung inzwischen allgemein bekannt und als Wahrheit anerkannt worden. Irrationale Widerstände gegen die kritische Infragestellung schweizerischer Realitäten erlahmen zusehends. Es tritt das Bedürfnis auf nach einer umfassenden Bestandesaufnahme dessen, was hierzulande der Fall ist. So leicht, wie es zumal dem kritischen Neuerer selbst zunächst scheinen möchte, ist dieses Unternehmen aber keineswegs.

«Im Grunde ist jedermann ratlos, auch ich»

Dies sind Worte Friedrich Dürrenmatts. Er hat sie, wie gewohnt in Angelegenheiten der Politik redlich und nüchtern, in einem Interview zum 1. August 1966 unmittelbar auf den Satz folgen lassen: «Wir haben daher Ideen zu haben, ohne zündende Ideen gibt es keine Änderung.»[1]

In der Tat: Wenn auch die erstarrten Verhältnisse in unserem Lande gründlich nur durch neue, zündende Ideen aufgebrochen werden können, so ist doch gerade hierzulande ein solches Unterfangen durchaus nicht leicht durchzuführen. Die Schweiz wird bekanntlich von einem selten soliden bürgerlichen Geist beherrscht, dem weitausschweifende Gedankengänge und umwälzende Ideen grundsätzlich suspekt sind. Nach wie vor kennzeichnen den typischen Schweizer in den wohlwollenden Worten Max Frischs der «Hang zum Pragmatischen, Misstrauen gegen Utopie, die Meisterschaft im Masshalten, Solidität . . .»[2]

Um so dringlicher ist es, die selbstverständlich auch und gerade in der Schweiz notwendige Kritik am Bestehenden genau und treffend zu führen,

empirisch fundiert und auf Grund sozialwissenschaftlicher Theorien, die auf den neuesten Stand der internationalen Diskussion gebracht sind. Appelle an den Willen zur Veränderung, die auf analytisch ungeklärten Voraussetzungen beruhen, haben von vornherein keine Chance, durchzudringen. Der junge Hegel hat einmal hochgemut zu sagen gewagt, dass die Wirklichkeit nicht aushalte, wenn erst das Reich der Vorstellung revolutioniert sei. Dieser Satz ist nur unter der Voraussetzung wahr, dass das revolutionierende «Reich der Vorstellung» nichts anderes darstellt als die in Gedanken gefasste, begriffene Realität selbst. Es gilt, anders ausgedrückt, dem gegenwärtig herrschenden «Zeitgeist» auf die Spur zu kommen und seine bisherige und mutmassliche künftige Entwicklung möglichst genau zu erfassen. Dazu ist in unserer Epoche das Verständnis des neuesten Standes der sozialwissenschaftlichen Diskussion unabdingbar, ebenso wie (unter Berücksichtigung detaillierter empirischer Kennziffern) die genaue Beobachtung der Entwicklung nicht nur des eigenen Landes, sondern auch der internationalen Lage.

Ueli Götschs Modell einer dynamisch-pluralistischen Gesellschaft

Der Stein, den Ueli Götsch in Gestalt eines Grundsatzreferates am letztjährigen Parteitag der Zürcher SP in das sonst eher ruhige Ideenseelein der schweizerischen Sozialdemokratie plumpsen liess, hat, wie bekannt, hohe Wellen geschlagen. Sehr zu Recht gestanden selbst seine Kritiker Götsch das Verdienst zu, den längst fälligen Versuch einer sozialdemokratischen Standortbestimmung, wenn auch nicht perfekt durchgeführt, so doch wenigstens begonnen zu haben. Die folgenden Anmerkungen zu Ueli Götschs Referat möchten dazu beitragen, die Konturen der heute möglichen gesellschaftskritischen Positionen, so wie sie in seinen Ausführungen verschiedentlich durchschimmern, etwas schärfer hervortreten zu lassen. Um mehr als um sehr provisorische Erläuterungen kann es sich dabei nicht handeln. Mag die Diskussion gesellschaftspolitischer Konzeptionen in der Schweiz besonders schwer sein — unsere Schuld ist es nicht, wenn heute auch auf der internationalen Szene sozialistische Zeitdiagnosen in verwirrend grosser Anzahl angeboten werden, denen allen nur dies gemein ist, dass keine von ihnen mit der Selbstgewissheit einer epochal neuartigen Idee auftreten kann. Wenn überhaupt, befinden wir uns in dieser Beziehung tatsächlich in einer «dynamischen» Zeit: nämlich in einer Epoche, die noch nicht zum klaren Bewusstsein ihrer selbst gekommen ist, sondern danach erst tastend sucht, nach allen Seiten hin und in spezifischer Weise richtungslos.

«*Dynamisch*» ist auch einer derjenigen Begriffe, die in Ueli Götschs Referat immer wieder an hervorragender Stelle auftreten. Mit dem Soziologen Richard F. Behrendt ist er der Meinung, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt er-

zwungene «permanente Umwälzung» des Bestehenden neue Formen des politischen Verhaltens erforderlich macht. «Die pluralistische Gesellschaft ist jene Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Klassengegensätze weitgehend abgebaut hat, und deren Mitglieder in einer Vielzahl von Beziehungen und vorgegebenen Strukturen gleichzeitig gebunden und frei und zugleich einer permanenten Umwälzung ausgesetzt sind.» Die Sozialdemokratie steht vor der Alternative, ihre Strategie entweder unter Berücksichtigung dieser «harten Tatsachen» zu gestalten oder aber von der Dynamik unserer Zeit überrannt und beiseitegeschoben zu werden. «Ihre Dynamik muss der Dynamik von Wissenschaft und Wirtschaft entsprechen», denn «unabhängig von Politik und geistigen Strömungen» entwickelt sich die technische «Revolution auf leisen Sohlen» immer höher und weiter, «ohne dass ein Weg zurück möglich wäre».

Für die *politische Praxis* ist diese Zeitdiagnose recht folgenreich. Das positivistische Gesellschaftsbild Richard Behrendts, das Ueli Götsch sich — unwesentlich modifiziert — aneignet, wendet seine Spitze ideologiekritisch zunächst vor allem gegen *orthodox-marxistische* Positionen. An diesen kritisiert Götsch, dass sie, dogmatisch verblendet, hinter der objektiven gesellschaftlichen Tendenz zurückgeblieben seien. Ihre Hoffnung, dass wirtschaftliche Krisen einmal den heute nur verschleierten Klassenkampf in unserer nach wie vor durchaus kapitalistisch entfremdeten Klassengesellschaft entlarven und aktualisieren würden, sei trügerisch, denn «die materielle Not ist nicht mehr die Grundlage für eine soziale Protestbewegung . . .» Die Tatsache der hohen sozialen Mobilität aller Schichten macht «den alten Standes- und Klassenbegriff zu einem rostigen Sieb»; die Integration der Arbeiterklasse in unserer Gesellschaft ist definitiv, und der Augenblick der Verwirklichung alter sozialistischer Träume «wird nicht mehr kommen».

Zu resignieren braucht die Sozialdemokratie darum aber keineswegs, im Gegenteil: Verhält sie sich im erwähnten Sinne offen, zeitgemäss und dynamisch, dann kann sie künftig «den Hecht im Karpfenteich der pluralistischen Gesellschaft spielen». *Gerade* indem sie alte radikalistische Tendenzen und Dogmen definitiv wegwirft, wird sie einer «radikalen, angriffigen und präzisen» Politik fähig, löst sie sich aus der alten Erstarrung und ist bereit «für einen neuen Start».

«Ein neuer Start» — wohin?

Die Worte, mit denen Götsch den Aufbruch zu einer neuen, «radikalen» und «angriffigen» sozialdemokratischen Politik beschreibt, sind recht pathetisch. Auf die Frage, welches die Ziele der «ewig jungen Sozialdemokratie» seien, antwortet er: «Es sind die Ziele der Utopisten, die das menschliche Glück und die Harmonie erstrebten; es sind die Ziele der Marxisten, welche die Befreiung der Arbeiterklasse aller Länder von

Unterdrückung und Ausbeutung auf ihre Fahnen geheftet hatten; es sind die Ziele der unerfüllten liberalen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit . . .»

Von eben diesen Zielen aber hatte Götsch kurz zuvor behauptet, dass der Augenblick ihrer Verwirklichung endgültig vorbei sei. «Die Zeit zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Klassenziele . . . wird nicht mehr kommen.» Sollten seinem Konzept einer «radikalen» und «angriffigen» Parteipolitik keine wirklich radikalen Ideen zugrunde liegen, die doch allein den zunächst durchaus abstrakten Willen zur Veränderung des Bestehenden konkretisieren können? Das wäre freilich ein Mangel, der nicht nur Götschs Appell an dynamische Erneuerungskräfte anhaftet. Allzu leicht versucht man heute, das bestehende Unbehagen im Kleinstaat mit undeutlichen Hinweisen auf die Regenerationsfähigkeit unseres Staates zu beschwichtigen, der, wenn man nur intensiv wolle, schon wieder in Bewegung gebracht und modernisiert werden könne. Mit derart scheinkritischen Aufrufen ist aber in Wirklichkeit gar nichts gewonnen.

Radikale und angriffige Politik muss sich allerdings, wie Ueli Götsch meint, nach der heutigen Realität ausrichten und nicht nach der von gestern oder vorgestern. Bei ihm wendet sich dieser Gedanke jedoch primär nur gegen eine bestimmte Form marxistischen Denkens. Mit der *konkreten schweizerischen* Realität hat die Wirklichkeit, auf die das antimarxistische Argument Götschs rekurriert, kaum etwas gemein. Jene «dynamische» und «offene», «pluralistische» Gesellschaft, auf die es sich bezieht, wird von der Schweiz *gerade nicht typisch repräsentiert.* Die Annahme, in der Schweiz sei die dynamische Massendemokratie bereits vollendete Realität, verfehlt die besondere Art von Problemen, die heute bei uns anstehen und dringend einer Lösung bedürfen.

Der Ungenauigkeit von Ueli Götschs schweizerischer Standortbestimmung entsprechen gewisse Zweideutigkeiten seiner antimarxistischen Argumentation. Mit gut sozialistischem Pathos beispielsweise feiert Götsch die Heraufkunft der modernen und dynamischen Gesellschaft. Dürfte er dies, wenn er den Antagonismus positivistischer und marxistischer Gesellschaftskritik, um die es in der heutigen gesellschaftspolitischen Diskussion hauptsächlich geht, konsequent in Rechnung stellte? Die Beantwortung solcher Fragen ist für die praktische Politik selbst keineswegs irrelevant. Auch die beste Theorie kann ihrer Realisierungschance nie ganz gewiss sein; sicher jedoch ist, dass auf Grund widersprüchlicher und inkohärenter Theorien auf die Dauer keine gute politische Praxis betrieben werden kann. Würde die schweizerische Sozialdemokratie sich unkritisch Ueli Götschs Position zu eigen machen, so liefe sie tatsächlich Gefahr, anstelle einer grundsätzlichen Neubestimmung ihrer *Strategie* bloss eine weitere Verbesserung ihrer *Taktik* vorgenommen zu haben. Die Chance, sich an die Spitze der immer stärker werdenden kritischen Bewegung in unserem Lande zu stellen, hätte sie dann definitiv verpasst.

Politisch unmittelbar relevant ist in der heutigen sozialphilosophischen und soziologischen Diskussion vor allem die Auseinandersetzung zwischen *positivistisch-evolutionärem* und *kritisch-marxistischem* Denken. (Von Positionen traditionell konservativer oder liberaler Wertphilosophie und anderem kann dabei abgesehen werden.)

Während die marxistischen Denker (die mit den Apologeten der kommunistischen Gesellschaftssysteme natürlich nicht gleichgesetzt werden dürfen) den radikalkritischen Ansatz des Marxismus für unsere wenigstens in den hochentwickelten Industriestaaten wesentlich nachrevolutionäre Epoche zu retten versuchen, geht positivistische Gesellschaftstheorie von der Kritik eben dieses revolutionären Marxismus aus. In ihren Augen ist jeder Versuch, das Himmelreich auf Erden herbeizuführen, vergeblich; ja er führt unvermeidlich zur Herstellung eigentlich höllischer, nämlich totalitärer Zustände. Dem endlichen Menschen ist nur gegeben, die Unvernunft der bestehenden Verhältnisse *evolutionär*, durch *rational geplante Reformen*, zu verändern. Innerhalb dieser Grenzen beansprucht allerdings auch das aufklärerisch-positivistische Denken, wesentlich kritisch zu sein. Es tritt ein für eine *offene Gesellschaft*, in der autoritäre Formen der Bereinigung von Interessenkonflikten möglichst vollständig beseitigt sind. Dazu kann in hohem Masse gerade jenes marxkritische Bewusstsein beitragen, das die Hoffnung auf die Realisierbarkeit einer absolut harmonischen, «klassenlosen» Gesellschaft als ideologisch durchschaut hat. Verzichten nämlich alle Gesellschaftsmitglieder auf den Anspruch einer fälschlich absolut gesetzten Vernunft, so gilt es in einer derart *entideologisierten* Gesellschaft nurmehr *Interessenkonflikte* zu bereinigen. Anstelle der in sich zerrissenen Klassengesellschaft ist die *pluralistische Massendemokratie* getreten, die ihre inneren Konflikte in einem unaufhaltsamen Prozess progressiver Selbstveränderung *dynamisch* bewältigt. Wesentliche Hilfsmittel hierzu sind etwa die theoretischen Einsichten und Entscheidungsmodelle der modernen Sozialwissenschaften. Dem *Staat* als der obersten Vermittlungsinstanz im unendlichen Prozess der Auflösung von Gruppenkonflikten kommt dabei eine hervorragende Stellung zu. Er muss, beraten von angemessen ausgebildeten *Experten*, jenes *Gesamtprogramm* der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufstellen, in dessen Rahmen einzig die anstehenden Einzelprobleme rational gelöst werden können; denn der altliberale Glaube an die Selbstregulierung des freien Marktes ist nicht weniger ideologisch als die sozialistische Idee einer totalen Veränderbarkeit des Bestehenden. Wahrhaft rational ist allein diejenige Vernunft, die aufgeklärt und entideologisiert die menschenmögliche Veränderung des Bestehenden mit Hilfe wissenschaftlicher Entscheidungen betreibt.

Zunächst scheinen dem positivistischen Gesellschaftsbild alle diejenigen *historischen Fakten*, die Karl Marx' Prognosen und Hoffnungen «wider-

legten», recht zu geben. Zumal die Integration des einst revolutionären Proletariats in einem zur wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratie erweiterten kapitalistischen System hat die Sache des radikalen Sozialismus ungemein erschwert. «Entfremdung» drückt sich heute nicht mehr sinnfällig in Gestalt wirtschaftlichen Elends aus — in der Formulierung Ueli Götschs: «Die materielle Not ist nicht mehr die Grundlage für eine soziale Protestbewegung». Revolutionäre Theorien haben unter diesen Umständen keine Massengrundlage mehr, auf deren umwälzende Gewalt sie vertrauen könnten. Darüber hinaus waren zumal die stalinistischen Perversionen sozialistischer Theorie in den kommunistischen Ländern kaum geeignet, das revolutionäre Bewusstsein einer ohnehin zunehmend verbürgerlichten Arbeitergesellschaft in den hochindustrialisierten Staaten des Westens zu stärken.

Gerade das zuletzt erwähnte Faktum verliert allerdings zunehmend an seiner früher gleichsam wortlos wirkenden Überzeugungskraft. Der *Liberalisierungsprozess* und die unbestreitbaren *ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge* des Kommunismus geben den Hoffnungen westlicher Marxisten neuen Auftrieb. Die Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft liegt seit langem weit über derjenigen beispielsweise der Vereinigten Staaten. Falls es dem kommunistischen System möglich sein sollte, nicht nur auf dem ökonomischen, bildungs- und sozialpolitischen Sektor die fortgeschrittensten westlichen Länder zu überholen, sondern auch bezüglich der inneren Liberalisierung weiter voranzukommen, ergäben sich dann nicht ganz neue politische Perspektiven? Würde dann nicht auch dem bestintegrierten westlichen Arbeitnehmer der ideologische Schleier von den Augen genommen, der ihn bis anhin vor der Erkenntnis bewahrte, dass er nach wie vor in einer krisengefährdeten Klassengesellschaft lebt?

Marxistische Sozialisten, so etwa Paul M. Sweezy, setzen tatsächlich vor allem in eine derartige Entwicklung ihre Hoffnungen[3]. Der im Vergleich zu den Verhältnissen in kommunistischen Staaten frappante Wohlstand spätkapitalistischer Gesellschaften ist trügerisch, meinen sie. Der andauernde Grundwiderspruch zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften gefährdet die brillante Oberfläche der modernen Konsumgesellschaft nach wie vor. Privatwirtschaftliche Profitgier verhütet nach wie vor eine gesamtgesellschaftlich rationale und gerechte Verwendung des Sozialproduktes, und in Krisenzeiten sind bürgerliche Massendemokratien vor Versuchen einer faschistischen Lösung ihrer Schwierigkeiten keineswegs gefeit.

Allein in der treffenden Widerlegung derartiger Spekulationen beweist die positivistische Gesellschaftstheorie ihre heute tatsächlich kaum zu unterschätzende Stärke. Ihr Gegenargument lautet, kurz zusammengefasst, ungefähr so: Falls wirklich das Wiederaufleben sozialistischen Bewusstseins in den hochindustrialisierten Staaten des Westens von einem augenfälligen Erfolg des Kommunismus im Wettlauf um das effizienteste Produk-

tions-, Einkommens- und Bildungssystem abhinge, dann hätte der radikale Sozialismus im Westen erst recht keine Überlebenschancen mehr; *denn die Entwicklungslinien der spätkapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftssysteme konvergieren.* Während die sogenannte «freie» Wirtschaft des Westens ihre Tätigkeit immer mehr in den Rahmen einer bewussten, gesamtwirtschaftlichen *Planungstätigkeit des Staates* zu stellen bemüht ist, orientiert sich umgekehrt auch die kommunistische Planwirtschaft zunehmend an durchaus *«kapitalistischen» Massstäben ökonomischer Effizienz.* Diese werden in der Sowjetunion beispielsweise unter dem Titel «wissenschaftlicher Betriebsführung» eingeführt. Fortschrittliche Manager staatseigener Betriebe befreunden sich mit den Methoden der Markt- und Meinungsforschung, studieren aufmerksam das so erfolgreiche System der amerikanischen Managementausbildung und fordern entschieden die vermehrte Einrichtung betriebswirtschaftlicher Lehrstühle an den Universitäten[4]. Sogar die einst als kapitalistisches Bestechungsmanöver verdächtigte Disziplin der «Human Relations» etablierte sich etwa in Polen und der CSSR als Forschungszweig; die Entfremdungsphänomene in sozialistischen Betrieben unterscheiden sich eben von denen kapitalistischer Unternehmen nicht fundamental.

Einem konsequent revolutionären Sozialismus müssen Einsichten dieser Art gefährlich werden; denn wenn das spätkapitalistische und kommunistische Wirtschaftssystem zur gemeinschaftlichen Mitte einer sozialstaatlichen Massengesellschaft hintendiert, dann entschwindet zusehends die Hoffnung, dass je in krisenhaften Situationen der unvernünftige Zustand der kapitalistischen Klassengesellschaft sich krass enthüllen und dagegen das an sich vernünftige Wesen des Sozialismus vorteilhaft in Erscheinung treten werde. Dann kann nicht länger mehr darauf vertraut werden, dass die Allmacht des Profitmotivs in kapitalistischen Industriegesellschaften die Einrichtung beispielsweise eines rationellen Bildungssystems oder eines wirksamen Apparates zur Krisenverhütung grundsätzlich ausschliesse[5]. Als Ausweg bietet sich dann der radikalkritischen Intention nur noch die «Identifikation mit revolutionären Prozessen» in unterentwickelten Ländern an[6] oder aber die Sublimierung des revolutionären Ansatzes in einer Theorie, der gemäss aus der total vergesellschafteten Welt grundsätzlich kein Ausweg mehr ins Freie führt; denn das von anonymen Mächten manipulierte und reibungslos beherrschte Individuum vermag seine Verdinglichung nicht einmal mehr wahrzunehmen, es fühlt sich wohl in seiner Entfremdung und verkennt die Möglichkeiten seiner Selbstbefreiung um so sicherer, je offensichtlicher diese sich ihm, in Gestalt gewaltig gesteigerter Produktivkräfte, darbieten[7].

Für eine bewusst sozial*demokratische* Politik kann, meine ich, kein Zweifel bestehen, zwischen welchen der beiden Gesellschaftsmodelle die Wahl zu treffen sei. Es ist die positivistische Theorie *in ihrer fortgeschrittensten Gestalt*, nämlich losgelöst von den Voraussetzungen liberaler Tota-

litarismuskritik und wesentlich ausgehend von der Annahme einer zunehmenden *Konvergenz* kapitalistischer und kommunistischer Industrialisierungsprozesse. *Kritisch* ist dieses Denken in doppelter Hinsicht: einerseits gegenüber radikalrevolutionären Forderungen, soweit diese sich auf hochindustrialisierte Gesellschaftssysteme beziehen; andererseits aber und vor allem gegenüber derjenigen Theorie, die unterstellt, dass die pluralistische, klassenlose Massendemokratie in ihrer bestmöglichen Gestalt schon realisiert sei. Zumal bezüglich der schweizerischen Verhältnisse trifft dies keineswegs zu.

Sonderfall Schweiz

Wann immer ins Ausland Nachrichten aus dem politischen oder gesellschaftlichen Leben der Schweiz dringen, fallen sie durch ihren konservativen, leicht anachronistisch anmutenden Gehalt auf. Diskussionen über «Fremdarbeiter», «Überfremdung der Wirtschaft» oder «geistige Landesverteidigung» werden bei uns geführt, als ob es den Faschismus nie gegeben hätte. Schweizerische Offiziere und Professoren preisen auf Vortragsreisen im Ausland als grosse und spezifisch schweizerische Errungenschaft den Stolz jedes unserer Bürger auf seine Soldatenpflicht an (Wendungen wie «die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee», werden denn auch vornehmlich in rechtsextremen Zeitungen zitiert, zur Freude der deutschen NPD-Mitglieder zum Beispiel im «Studentenanzeiger»). Berichte über die hitzigen Auseinandersetzungen beim Versuch einer Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts registriert man mit leichtem Kopfschütteln; erstaunt und leise bewundernd dagegen wird die einmalige Stabilität unserer politischen Verhältnisse zur Kenntnis genommen, die Tatsache eines langandauernden Arbeitsfriedens beispielsweise sowie überhaupt, dass man in der Schweiz «nicht zwischen Revolutionären und Konterrevolutionären» wohnt, «dass alles, was hier geschehen kann, ein Kompromiss ist, also massvoll»[8].

Wenn es demnach nur selten extrem Negatives zu berichten gibt, wenn auch für gute, solide Durchschnittsleistungen die Schweiz nach wie vor bekannt ist — neue, zukunftsträchtige Nachrichten erwartet man aus unseren Bezirken nicht. Wir sind anerkannt als erstaunlich gut funktionierendes Relikt vergangener Verhältnisse. Einrichtungen, die auf neue und originelle Weise zukünftige Zustände vorwegnehmen, sucht man bei uns zuletzt. Zur Beratung der amerikanischen Regierung in Angelegenheiten der Arbeitsmarktpolitik wurden schwedische, nicht schweizerische Politiker nach Washington eingeladen. Das Instrumentarium unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik gilt in internationalen Wirtschaftskreisen als veraltet, und ebenso hat im Zeitalter der Demoskopie unser System der direkten Demokratie seine Attraktivität entschieden eingebüsst.

Die Schweiz ist heute, kurz gesagt, nichts weniger als das Muster einer

modernen, dynamischen und pluralistischen Gesellschaft. Ihrer Modernisierung in einem fortschrittlich positivistischen Sinne stehen eine *veraltete Verfassung*, ein *lähmendes Traditionsbewusstsein* und eine *übertrieben föderalistische Gesellschaftsstruktur* entgegen. Auf das genaue Studium zumindest dieser drei grossen Problemkomplexe hätte sich die Sozialdemokratie zunächst zu konzentrieren. Politischer Pragmatismus, den es zu neuen Taten drängt, kann doch in seinem eigenen Interesse auf umfassende Vorausschau nicht verzichten. Sehr zu begrüssen ist darum der Vorschlag Ueli Götschs, die SPS solle sich einen *Stab sozialwissenschaftlich wohlausgebildeter Fachleute* sozusagen als brain-trust zulegen. Dies wäre gewiss keine unnütze Investition. Selbst der durch und durch pragmatisch denkende Herbert Wehner sah sich schliesslich zur sozialwissenschaftlich-empirischen Begründung einiger seiner gesellschaftspolitischen Zielsetzungen gezwungen[9]. Darauf ist heute eben gerade der bewusste Pragmatiker wesentlich angewiesen. *Sofern sozialdemokratische Politik die Verwirklichung einer modernen, offenen und dynamischen Massendemokratie anstrebt, bedarf sie in unserem wissenschaftlichen Zeitalter einer unaufhörlichen sozialwissenschaftlichen Begründung ihrer kritisch gesetzten und von Mal zu Mal selbstkritisch veränderten Zielsetzungen.* In den höchstentwickelten Industriestaaten des Westens vermögen sozialdemokratische Regierungen beispielsweise die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht grundsätzlich anders, «sozialistischer» zu gestalten als bürgerliche Politiker; ihre einzige Chance besteht darin, die heute *allmächtigen Regeln sozialökonomisch-technischer Rationalität entschieden besser* anzuwenden als Vertreter des bürgerlichen Lagers. Da diese sehr oft längst überholten Vorstellungen von «freier Marktwirtschaft» oder «Staatsdirigismus» anhängen, übertreffen sozialdemokratische Regierungen tatsächlich meist ihre bürgerlichen Konkurrenten. Wenn überhaupt ,wird es nur einer Labourregierung gelingen, die Strukturkrise der englischen Wirtschaft zu überwinden[10], und in der Bundesrepublik erfüllt Professor Schiller seine Aufgaben zweifellos weit besser als seine bürgerlichen Vorgänger im Amt.

Würde ein «neuer Start» der sozialdemokratischen Bewegung auf der Grundlage dieser gesellschaftspolitischen Erkenntnisse die Möglichkeiten sozialistischer Politik unnötig beschränken? Bedeutete er das Eingeständnis des eigenen Unvermögens, eine wirkliche *Alternative* zur bürgerlichen Politik zu entwickeln? In den politisch und wirtschaftlich fortgeschrittensten Ländern des Westens geht sozialdemokratischem Regierungsstil der Charakter einer zur bürgerlichen alternativen Politik tatsächlich weitgehend ab. Solange jedoch unser in mancher Hinsicht stark veraltetes, stark reformbedürftiges Staatswesen so wie bisher unangetastet bleibt, so lange steht es der SPS durchaus offen, echte Alternativlösungen vorzubereiten. Dazu bedürfte es freilich weit gründlicherer Kenntnisse der schweizerischen Wirklichkeit, als sie bisher innert nützlicher Frist jeweils zu erlangen waren. Wie sollten beispielsweise Vorschläge zu einer Totalrevision der

Bundesverfassung ausgearbeitet werden ohne sozialwissenschaftlich fundiertes Wissen über die spezifisch schweizerischen Formen politischer Willensbildung? Die Entzauberung des schweizerischen Volksentscheidungsbegriffes wäre dabei allerdings wohl unvermeidlich; die in einer direkten Demokratie seltsame Undurchsichtigkeit der höchsten politischen Entscheidungsprozesse müsste durchleuchtet werden, und auch das in der Schweiz bekanntlich sehr dringlich gewordene Problem der politischen Apathie gälte es gründlich zu analysieren. Als ebenso interessantes Studienobjekt böte sich die gesellschaftliche Funktion der Schweizer Armee an; denn wohl nur soziologisch ist zu verstehen, warum die alte Doktrin der bewaffneten Neutralität in den letzten Jahrzehnten zum sakrosankten Mythos erstarrte, dem schliesslich auch die Sozialdemokratie erlag. Gleichzeitig liessen sich sozialpsychologisch einige der Mechanismen der konservativen schweizerischen Charakterbildung erklären, was wiederum eine der Voraussetzungen wäre für eine zielbewusste Modernisierung und Reform der Schweiz an Haupt und Gliedern.

Erste Ansätze zu einem veränderten Führungsstil auf der Ebene der Bundespolitik sind nicht zu verkennen. Solange jedoch die Sozialdemokratie in lebenswichtigen Fragen der schweizerischen Demokratie im Dunkeln tappt (dabei ist der einzig ihr gebührende Platz an der Spitze der reformfreudigen Kräfte!), gilt unverändert die nüchterne Einsicht Friedrich Dürrenmatts: «Wir haben daher Ideen zu haben, ohne zündende Ideen gibt es keine Änderung. Diese Ideen fehlen. Im Grunde ist jedermann ratlos, auch ich».

Anmerkungen

[1] Gespräch zum 1. August mit Friedrich Dürrenmatt, Ex Libris 8/1966, S. 18.
[2] Max Frisch, «Überfremdung», in der «Weltwoche» vom 9. September 1966, Nr. 1713.
[3] Vgl. etwa Paul M. Sweezy, «Marxian Socialism», Monthly Review Pamphlet Series No. 13, New York 1960, S. 12 f., 17.
[4] Vgl. Borys Lewytzkyj, «Unterwegs zum sowjetischen Manager», Atomzeitalter 12/1966, S. 375—379.
[5] Von dieser Annahme geht etwa noch Paul M. Sweezy aus, a. a. O. S. 8, 16.
[6] Frank Deppe, Kurt Steinhaus, «Politische Praxis und Schulung im SDS», Neue Kritik, Okt./Dez. 1966, S. 32; vgl. ibid. Kurt Steinhaus S. 50: «Es gibt zwischen dem vietnamesischen Volk und uns eine totale und sehr handfeste Identität der Interessen, denn das gleiche gesellschaftliche System, das bei uns herrscht, zeigt in Vietnam nur sein wahres Gesicht — wie es dies auch im Deutschland der faschistischen Diktatur getan hat.»
[7] So ungefähr wäre, stark vereinfacht, die Position Herbert Marcuses zu umschreiben.
[8] Max Frisch: «Überfremdung», a. a. O.
[9] Günter Gaus, «Staatserhaltende Opposition — oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner», Reinbeck 1966, S. 48 f.
[10] Walter Müller-Jentsch, «Zähmung der Gewerkschaften durch den Staat? Die Kontroversen um die Einkommenspolitik der Labourregierung», Atomzeitalter 12/1966, S. 358—365.